

SPD setzt Regierung bei Finanz-Steuer unter Druck

Zustimmung zu wichtigem EU-Fiskalpakt und zur Grundgesetzänderung nur unter Bedingungen

Berlin - Die SPD will mit dem EU-Fiskalpakt auch die Finanztransaktionssteuer durchsetzen. Merkel könne nur mit der Zustimmung der SPD rechnen, "wenn sie endlich den Spekulanten mit einer Finanztransaktionssteuer den Wind aus den Segeln nimmt", sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Garrelt Duin.

Die Koalition braucht die Zustimmung der SPD, weil für den Fiskalpakt mit Zweidrittelmehrheit das Grundgesetz geändert werden muss. "Nur wenn die Kanzlerin und die Koalition den Fiskalpakt um die Finanztransaktionssteuer und Beschäftigungsimpulse anreichern, können sie mit den Stimmen der SPD zur Grundgesetzänderung rechnen", erklärte Duin weiter.

Mit dem Geld aus dieser **Steuer** müssten das wirtschaftliche Wachstum in Europa angekurbelt und die in einigen Ländern horrende Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden.

Die Börsensteuer ist am Dienstag nächster Woche Thema beim EU-Finanzministertreffen in Brüssel. Die FDP hat bisher erklärt, sie würde einer solchen Steuer zustimmen, wenn sie EU-weit eingeführt würde. Für den Fiskalpakt muss sogar das Grundgesetz geändert werden, weil der EU-Beschluss von vergangener Woche vorsieht, dass die Euro-Partnerländer eventuelle Schulden-Sünder vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen. Das berührt hoheitliche Rechte.

Die Fraktions-Vorsitzenden von SPD und Grünen, Frank-Walter Steinmeier, Renate Künast und Jürgen Trittin, schrieben an die Kanzlerin, sie erwarteten zeitnah eine Einladung zu Gesprächen. Sollte es notwendig sein, werde die Regierung Gespräche führen, hieß es von Angela Merkels Regierungssprecher Steffen Seibert.

FDP-Generalsekretär Patrick Döring warf der SPD vor, sich in dieser Frage innenpolitisch profilieren zu wollen. "Wer so handelt, handelt verantwortungslos", sagte Döring zu den Bedingungen der Opposition.

